

Antworten auf die Wahlprüfsteine für die Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ) anlässlich der Europawahl 2024



Wie stehen Sie zur vorgeschlagenen EU-Zollrechtsreform, insb. Errichtung einer Zollagentur, eines Data-Hub, der Abschaffung der Zollfreigrenze für Einfuhrsendungen (bei Warenwert bis 150 Euro), sowie zusammenhängenden Rechtsänderungen im E-Commerce (z.B. Einführung „deemed importer“)?

Das EU-Parlament hat im März mit großer Mehrheit die Parlamentsposition der EU-Zollreform angenommen - an der wir GRÜNE aktiv mitgearbeitet haben. Die Reform zur Festlegung des Zollkodex der Union und zur Einrichtung der Zollbehörde der Europäischen Union, sowie die Rechtsänderungen im E-Commerce sind begrüßenswert, denn sie machen den Zoll fit für das Zeitalter von Onlineshopping. Ein gut aufgestellter Zoll ist entscheidend, um den Green Deal auf dem EU-Binnenmarkt durchzusetzen und gleichzeitig unsere hohen Verbraucher*innenschutzstandards sowie faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten. Die Grünen haben sich in den Verhandlungen besonders für mehr Transparenz durch die Veröffentlichung von nicht sensiblen Zolldaten, weniger versteckte Kosten für Verbraucher*innen sowie mehr Kooperation und Austausch zwischen den Zollbehörden eingesetzt.

Wie ist Ihr Standpunkt zur personellen Stärkung nationaler Zollbehörden angesichts neuer EU-Vorgaben (z.B. CO2-Grenzausgleichssystem, Abfallverbringungsverordnung, Lieferketten-Richtlinie) und der Defizite bei der effektiven bzw. einheitlichen Sanktionsdurchsetzung im Außenwirtschaftsrecht?

Wir begrüßen, dass mit der EU-Zollreform die systematischen Probleme des europäischen Zollsystems angegangen werden. So können auch unsere neuen europäischen Regeln, z.B. CO2-Grenzausgleichssystem, Abfallverbringungsverordnung, Lieferketten-Richtlinie effektiv durchgesetzt werden. Zusätzliche Vorgaben und Aufgaben müssen auch bei der personellen Aufstellung der nationalen Zollbehörden berücksichtigt werden.

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Behördenzusammenarbeit würde ihre Partei ergreifen um effektiver gegen Umsatzsteuerbetrug, Karussellbetrug und ähnliche Betrugsschemata vorzugehen?

Die EU-Zollreform soll die Zusammenarbeit der europäischen Zollbehörden stärken. Eine neue EU-Zollbehörde soll dabei eine Datenzentrale schaffen und beaufsichtigen. Ziel ist ein stärker zentralisierter und digitalisierter Ansatz für den Zoll. Wir GRÜNE begrüßen diesen Schritt und setzen uns in den Verhandlungen für noch mehr Harmonisierung und weitergehende grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein.

Die EU-weit überwiegend harmonisierten Verbrauchsteuern sind weiterhin durch ein hohes Gefälle an nationalen Steuersätzen gekennzeichnet, was den grenzüberschreitenden Schmuggel begünstigt. Welche Lösungsansätze würde ihre Partei gegen dieses Problem verfolgen?

Um dem grenzüberschreitenden Schmuggel aufgrund der hohen Unterschiede der Verbrauchsteuer zwischen den EU-Mitgliedstaaten entgegenzuwirken, befürwortet unsere Partei drei vorrangige politische Maßnahmen:

1) Harmonisierung der Verbrauchsteuersätze: Wir sollten in der gesamten EU harmonisierte Verbrauchsteuersätze einführen, um Diskrepanzen zu verringern, die Schmuggelaktivitäten befeuern, und gleiche Wettbewerbsbedingungen für Unternehmen gewährleisten.

2) Informationsaustausch und Zusammenarbeit: Wir wollen Mechanismen zum Informationsaustausch zwischen Ländern entwickeln, um Schmuggelrouten besser zu identifizieren und bei Durchsetzungsbemühungen zusammenzuarbeiten.

3) Aufteilung der Einnahmen: Wir sollten die Möglichkeit prüfen, Mechanismen zur Aufteilung der Einnahmen zwischen den Mitgliedstaaten einzurichten, um Anreize für die Einhaltung der Vorschriften zu schaffen und den Schmuggel zu unterbinden.

Abschließend sollte hinzugefügt werden, dass die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die negativen Auswirkungen des Schmuggels auf die Wirtschaft und Gemeinschaft von entscheidender Bedeutung ist, um die Beteiligung an illegalen Aktivitäten zu verhindern.

Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um angesichts Zersplitterung nationaler Regelungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht eine effektivere Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und Verhinderung von Abgabenbetrug durch die Kontrollbehörden (wie die FKS des deutschen Zolls) zu erreichen?

Damit Freizügigkeit für alle Arbeitnehmer*innen funktioniert, ist ein wirksamer Schutz vor Ausbeutung unerlässlich. Scheinselbstständigkeit sowie Lohn und Sozialdumping müssen bekämpft werden. Arbeitsinspektionen müssen vermehrt und das Personal hierfür aufgestockt werden. Auch eine bessere Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) ist nötig. Das Mandat der ELA sollte auf Drittstaatsangehörigkeit ausgeweitet werden. Um missbräuchliche Praktiken von Subunternehmen zu unterbinden, sollte die gesamtschuldnerische Haftung rechtlich verankert werden. Wir wollen eine Verpflichtung zu angemessener Unterbringung rechtlich absichern und wirksam durchsetzen, um Arbeiter*innen vor katastrophalen Bedingungen zu schützen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass sich Betroffene einfacher und in der eigenen Sprache über ihre Rechte informieren können – und für deren Durchsetzung Hilfe erhalten.

Die europäischen Seehäfen haben sich zum Einfallstor organisierter Rauschgiftkriminalität, oft unterstützt durch sog. Hafeninrentäter, entwickelt. Sehen Sie in der Hafensicherheit Handlungsbedarf auf EU-Ebene, z.B. durch die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen für Zollkontrollausrüstung?

Die europäischen Seehäfen haben eine große Bedeutung für den illegalen Handel mit Drogen, wie zum Beispiel die enormen Sicherstellungen von Kokain in den vergangenen Jahren zeigen. Eine gute personelle und technische Ausstattung der Zollbehörden ist unabdingbar, um wirksame Kontrollen durchführen zu können. Hier besteht aus unserer Sicht Verbesserungsbedarf. Darüber hinaus ist eine intensive internationale Zusammenarbeit von Zoll- und Polizeibehörden notwendig, um den Drogenhandel einzudämmen.

Die europäische Anti-Geldwäschebehörde AMLA wird parallel zur neuen deutschen Behörde BBF errichtet. Welche Schritte halten Sie für erforderlich damit nationale Maßnahmen zur Geldwäschebekämpfung sinnvoll ergänzt werden und die neuen Behörden in der Praxis nicht aneinander vorbei arbeiten?

Wir sind froh, dass Anfang des Jahres die Entscheidung für eine europäische Anti-Geldwäsche-Behörde gefallen ist. Sie wird die zentrale Koordinierung zwischen den verschiedenen nationalen und europäischen Behörden (FIUs und Aufsichtsbehörden, wie die EBA und EIOPA, aber auch Europol) übernehmen, um die Bekämpfung von Geldwäsche effektiver zu machen.

Für die neue deutsche BBF ist ein enger, direkter Draht in die neue europäische Behörde sinnvoll. Die Ansiedlung in Frankfurt ist hierfür ein Vorteil. Entscheidend ist, dass es zu einem Austausch auf Augenhöhe kommt, die Kompetenzen klar zugeordnet sind und Synergien genutzt werden. Beide Behörden, die BBF und die AMLA, profitieren voneinander und vom Teilen ihrer Ermittlungsergebnisse und sollten im Kampf gegen die Geldwäsche eng zusammenarbeiten.

Finanzkriminalität umfasst die Nutzung von Kryptowährungen. Auch wird die Sicherstellung von Steuergerechtigkeit durch Tokenisierung von Wirtschaftsgütern schwieriger. Sehen Sie infolge der „Flucht in den digitalen Raum“ Handlungsbedarf bei Befugnissen der Finanz- und Strafverfolgungsbehörden?

Die Bekämpfung von Finanzkriminalität und Steuervermeidung ist für die Grünen ein zentrales Anliegen, auch im digitalen Bereich. Wenn es um Kryptowährungen geht, priorisiert unsere Partei Richtlinien, die Transparenz, Rechenschaftspflicht und Compliance fördern. Die Grünen befürworten in erster Linie eine strenge Gesetzgebung und Aufsichtsmechanismen, um Transparenz zu gewährleisten und Steuerhinterziehung zu verhindern. Wir unterstützen auch Steuermeldepflichten für Kryptowährungstransaktionen, einschließlich Kapitalertrags-, Einkommens- und Umsatzsteuern, um sicherzustellen, dass Kryptoinhaber*innen ihren Steuerpflichten nachkommen.